apflspalten

Zeitung der aktiven pflichtschullehrer:innen der ÖLI – unabhängigen gewerkschafter:innen

12/2025

Inhalt

Vorwort Seite 2	60 Jahre GÖD-Frauen Seite 3	Deutsch lernen - schwer gemacht Seite 4	Schule im digitalen Zeitalter Seite 6	Suspendierungsbegleitung Seite 8	Entbürokratisierung? Seite 9	Zum Gehaltsabschluss Seite 10
Wir fordern die beste Bildung für alle Seite 11	Rechtliches: PV & Gewerkschaft Seite 12	Warum das Kopftuchverbot richtig ist Seite 14	Contra Kopftuchverbot Seite 16	Mädchen stärken! Seite 17	Film, Bücher Seite 19	Infos, Aktivitäten, Termine Seite 21

Vorwort

Liebe Kolleg:innen,

Das Schuljahr startete schon im Sommer mit einigen Ansagen des Bildungsministers Wiederkehr:

- Er ließ uns ausrichten, dass die Sommerschule erweitert wird und Lehrer:innen künftig auch verpflichtet werden, in den letzten beiden Ferienwochen zu arbeiten. Zur Sommerschule gibt es unterschiedlichste Ansichten, auf alle Fälle war diese Ansage kein Motivationsschub für den neuen Schulstart und birgt auch organisatorische Fallstricke in der Umsetzung. Wir beobachten diesen Prozess mit kritischen Augen.
- Weiters will Wiederkehr die Suspendierungen neu regeln und diese begleiten. Wir begrüßen eine Verbesserung und Professionalisierung in diesem Bereich. Unsere Stellungnahme findest du auf www.apflug.at und in dieser Ausgabe der *apflspalten*.
- Laut Medienberichten dürften zu Beginn des Schuljahres weniger Lehrer:innen gefehlt haben als in vergangenen Jahren. Die Belastung für uns Beschäftigte ist immer noch hoch. Es fehlt an Doppelbesetzungen in Volksschulen, administrativer Unterstützung und psychosozialem Fachpersonal für jeden Schulstandort.
- Die Ankündigung eines „Kopftuchverbots für Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren“ wühlte zu Schulbeginn viele Kolleg:innen auf. In diesem Heft findest du unterschiedliche interessante Diskussionsbeiträge aus unseren Reihen zu diesem Thema.

Trotz vereinbarter Gehaltsverhandlungen für 2025 und 2026 nahm die Spitze der GÖD erneut Verhandlungen mit der Regierung auf.
Die NEOS waren schon letztes Jahr erzürnt, dass die Inflation, mit unserer Vorleistung 2025 und dem vereinbarten Ausgleich 2026, abgegolten wurde. De facto sind wir jetzt über 4 Jahre mit einem Abschluss unter der Inflation und einem Kaufkraftverlust konfrontiert. Schöne Rechenbeispiele der Marketingabteilungen innerhalb der Regierung und der Gewerkschaftsspitze können das nicht schönreden. Am 13.10. 2025 und 16.10.2025 fanden Kundgebungen vor der GÖD-Zentrale und dem Ballhausplatz statt. Pflichtschul- und AHS-Lehrer:innen, aber auch Beschäftigte in der Gesundheitsversorgung und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes sind erbost über die Vorgangsweise der GÖD und die Geringschätzung vonseiten unseres Arbeitgebers.
Um zumindest strukturelle Verbesserungen innerhalb der GÖD zu erwirken, haben wir eine kurze Umfrage für ein Stimmungsbild der Kolleg:innen initiiert: Wir fordern mehr Transparenz und Mitbestimmungsrechte der Belegschaft bei so gravierenden Einschnitten und mehr Kampfbereitschaft für die Rechte der Arbeitnehmer:innen. An die 1000 Rückmeldungen haben uns erreicht: 91,3% sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden und 84,4% fordern mehr Mitsprache in der Gewerkschaft! Das Ergebnis und mehr über den Gehaltsabschluss findest du hier; ein kurzes Video einer Kundgebung findest du auf unserer Homepage.

Was gibt es noch in unseren *apflspalten* zu lesen?
Auf unseren Recht-Seiten geht es um die Aufgaben der Personalvertretung (PV) und die der Gewerkschaft (GÖD). Weiters beschäftigen wir uns mit der Diensteinteilung (Stundenplan), die nur im Einvernehmen mit der PV Gültigkeit erhält. Bei Unstimmigkeiten sind wir für dich da! Gesunde Arbeitsbedingungen beschäftigen uns sowohl als Personalvertreter:innen bei der Durchsicht von Unfallmeldungen als auch am eigenen Wohlbefinden. Psychische Überbelastungen, schlechte Arbeitsbedingungen und fehlendes Supportnetz bei schwierigen Situationen belastet uns auf vielen Ebenen. Um einen kleinen ausgleichenden Beitrag zu leisten, findet jeden Montag in der Zinckgasse 16 unsere sportliche Volleyballgruppe statt. Du hast Lust mit Kolleg:innen außerhalb des Klassenzimmers zu plaudern und nebenbei sportlich aktiv zu sein? Melde dich bei uns und sei dabei (bernhard.lahner@apflug.at).
Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen, hilfreiche Inputs und ein bewältigbares Wintersemester!

Katrin, Eva, Bernhard und Sylvia

(in Vertretung für Bernd Kniefacz und Claudia Astner, die dieses Schuljahr im wohlverdienten Sabbatical sind 😊)

Jubiläum

60 Jahre GÖD-Frauen: Ein starkes Zeichen für Gleichstellung?

Am 14.10. fand im großen Saal der GÖD die Festveranstaltung „60 Jahre GÖD Frauen“ statt.
Geladen waren der Bundesfrauenausschuss der GÖD sowie Vertreter:innen des GÖD-Präsidiums, des Vorstandes und der Landesleitungen.
Auffallend war, dass sich relativ viele Männer unter den Festgästen befanden, dafür, dass es sich doch um einen recht eng gesteckten Einladungsrahmen handelte.
Viel wurde erzählt über die Leistungen von Frauen für und in der Gewerkschaft und wie hart ihr Weg zur Anerkennung war. Ich lernte, dass es 20 Jahre „Kampf” benötigt hatte, um überall ein Frauenreferat in der GÖD einrichten zu dürfen. Es dauerte sogar bis zum Bundeskongress 2021, bis die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in (Spitzen-)Funktionen Eingang in die GÖD-Geschäftsordnung fand.

GÖD-Vorsitzender Eckehart Quin betonte mehrfach die Bedeutung von höchstqualifizierten Frauen in der GÖD. Er strich die Vorreiterrolle - nicht Vorreiterinnenrolle, so weit sind wir noch nicht, trotz 57% Frauenanteil unter den Mitgliedern der GÖD - des Öffentlichen Dienstes in Punkto Gleichstellung hervor.
Frauenvorsitzende Ursula Hafner und andere Redner:innen sprachen immer wieder über die noch ausbaufähige Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Öffentlichen Dienst.

Dieser Punkt brachte mich zum Nachdenken:
- Warum bezieht sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Jahr 2025 noch immer ausschließlich auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und spielt in der gewerkschaftlichen Debatte für Männer keine Rolle?
- Wie kann es sein, dass die Verantwortung für die Kindererziehung noch immer vor allem den Frauen zugeordnet wird?
- Wie kann es sein, dass aufgrund dieser fehlenden Vereinbarkeit noch immer vor allem Frauen in Teilzeit arbeiten?

Die Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte doch allgemein - unabhängig vom Geschlecht - für alle Elternteile gelten. Für Alleinerziehende, für getrenntlebende Eltern, für Patchworkfamilien, für homosexuelle Paare. Alle, die als Elternteil die Verantwortung für ein Kind tragen, müssen doch ein Recht auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben.
Gerade im Öffentlichen Dienst, in dem wir - als Vorreiter:innen – zumindest grundsätzlich über gleichen Lohn für gleiche (Erwerbs-)Arbeit nicht mehr diskutieren müssen.

Es ist schon einiges vorangegangen, die gläserne Decke hängt jedoch weiterhin hoch!

Es liegt an uns allen, Gleichstellung zu leben und jahrhundertelang tradierte patriarchale Strukturen zu durchbrechen. Schön, dass unser GÖD-Vorsitzender das erkannt hat! Jetzt liegt es einerseits an vielen Männern innerhalb der GÖD - und der Gesellschaft - einen Schritt zur Seite zu treten und Frauen in Führungspositionen zu wählen und zu unterstützen, andererseits an vielen Frauen, sich Führungspositionen zuzutrauen, anzunehmen und Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einfach einzufordern.

Eines ist mir bei dieser Feier klar geworden: DIE Festveranstaltung für Gleichstellung wird die sein, auf der verkündet werden kann, dass das Frauenreferat aufgrund von fehlenden Aufgaben seine Arbeit für beendet erklärt.
Abschließend hier noch einige Zahlen zur Verteilung zwischen den Geschlechtern im Bereich der Lehrer:innen und innerhalb der GÖD: (Quellen: BMB, Statistik Austria, Rechnungshof)

Bereich	weiblich	männlich
Lehrer:innen 24/25	**90.610**	36.039
In Teilzeit beschäftigt 24/25	**ca. 52.000**	ca. 8.900
Bildungsdirektor:innen 2025	3	**6**
BiDi Leitung Präsidiale 2025	3	**6**
BiDi Leitung Päd. Dienst 2025	**5**	4
Studienabschluss Lehramt 21/22	**2651**	636
GÖD Mitglieder März 2025	**ca. 151.900**	ca. 114.500
GÖD Vorsitzende seit 1945	0	**8**
GÖD Präsidium 2025	4	**8**
GÖD Bundesvertretungen Vorsitzende 2025	6	**21**
GÖD Landesvorstand Vorsitzende 2025*	1	**7**
GÖD Lehrer:innenvertretungen Vorsitzende 2025	0	**3**

* Wien hat keine Landesvertretung

Claudia Astner
Personalvertreterin DA FSO
Mitglied des ZA
dzt. im Sabbatical

Praxis Schule 1

Deutsch lernen – schwer gemacht

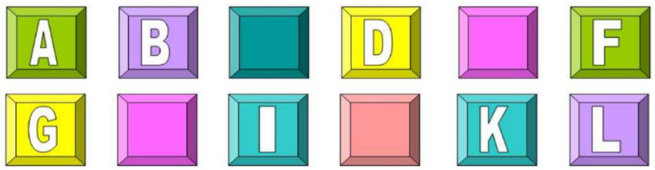
Trotz der Deutschklassen müssen viele Schüler:innen drei Mal die gleiche Klasse besuchen. Allein das zeigt, dass es mit den Deutschkursklassen nicht weit her ist. Aber es ändert sich nichts. Faßmann, ein früherer Bildungsminister der ÖVP, führte die Deutschklassen (welche von Wiederkehr aktuell wieder infrage gestellt werden) entgegen seiner eigenen Expertise ein. Das sei Politik, sagte er in einem Interview. Jetzt ist er Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und ist besorgt über die Wissenschaftsskepsis der Österreicher:innen. Hätte er es doch besser vorgelebt.
Die Tests, die Schüler:innen absolvieren müssen, um sie dann einzuteilen in „mangelhaft“ oder „unzureichend“ sind laut Expert:innen nicht zielführend. Ich finde die beiden Begriffe grauenhaft. Mit solch negativen Wörtern behaftet, werden die Kinder den jeweiligen Deutschkursen zugewiesen . Ob sie in anderen Bereichen ausgezeichnet oder sehr gut sind, ist völlig unwichtig.

Christoph Wiederkehr von den Neos ist jetzt Bildungsminister. Von dem, was in der Opposition kritisiert wurde, ist nichts mehr übrig. Es sollen mehr Sozialarbeiter:innen kommen. Sehr schön. Am grundlegenden Problem ändert das jedoch gar nichts.

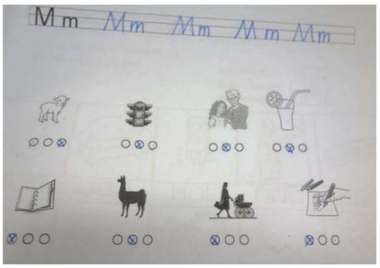
Alle Politiker:innen fordern, die Migrant:innen müssten schnell Deutsch lernen, denn ohne Deutsch ist in Österreich nichts möglich. Auch Migrations-ÖVP-Ministerin Plakolm. Sie sollte zu überlegen beginnen, was sie und ihre Partei falsch machen bzw. blockieren – denn immerhin ist dieser Bereich schon seit Jahren in ÖVP-Hand. Damit das Deutschlernen schneller voran geht, könnten sie Expert:innen befragen, dazugehörige Expertisen gibt es zuhauf. (Sie mögen sich auch an ihren Parteifreund Faßmann wenden.)

Wer während der Schul- oder Studienzeit im Ausland war, weiß, wie man eine fremde Sprache lernt. Im Englischkurs in London lernt man nette Menschen aus Schweden, aus Deutschland, aus Kolumbien und Vietnam kennen, man lernt, wie Grammatik aufgebaut ist u.Ä. Reden jedoch lernt man mit Einheimischen. Das weiß man auch hierzulande, aber man traut sich nicht an die Sache heran.

Schule gehört von Grund auf erneuert. Das kostet viel Geld. Die Migrationsministerin verwendet viel Energie auf das Kopftuchverbot. Kinderrechte seien wichtig, argumentiert sie. Bildung ist jedoch



auch ein Recht, ich würde sogar sagen, dieses Recht ist wichtiger. Das kostet jedoch Geld. Das Kopftuchverbot hingegen kostet dem Staat keinen Cent, erhält jedoch viel Aufmerksamkeit.
Die Schuld immer auf die Eltern zu schieben und mit Geldstrafen drohen, ist billig – geistig und finanziell. Es kostet den Staat nichts und man hat einen Sündenbock. Den Schüler:innen bringt das gar nichts. Eltern einzubeziehen ist natürlich eine gute Sache, mit ihnen auf Augenhöhe reden, Dolmetscher:innen bereitstellen, Aufklärung in jeder Hinsicht betreiben.
Der ÖVP Oberösterreich sind sogar die Geldstrafen zu wenig, sie forderte vor Kurzem nach deutschem Vorbild Haftstrafen für Eltern, wenn sie einem kriminellen Lebenswandel ihrer Kinder nicht vorbeugen. Sollen die Kinder gleich mit ins Gefängnis? Oder kümmert sich die ÖVP OÖ inzwischen um die elternlosen Kinder? (Müssen ÖVPler auch ins Gefängnis, falls ihre Kinder kriminell werden?)
Eine Flucht ist keine schöne Sache. Mit zwei Plastiksackerln anreisen, sich in einem neuen Land mit neuer Sprache und neuer Kultur zurechtfinden - kann sich da jemand in unseren Breitengraden mit dem Glückslos in der Geburtslotterie hineinversetzen? Im Herkunftsland liegen die Besitztümer in Trümmern, Eltern und Kinder haben meist Furchtbares erlebt. Ihnen hilft man nicht, wenn ihnen noch zusätzliche Belastungen aufgehalst werden. Von christlich-sozial ist da weit und breit nichts zu spüren und zu hören. Von der FPÖ gar nicht erst zu reden. Die glaubt ohnehin, dass alle gerne ihre Länder verlassen, um sich bei uns „einzunisten“. Mitgefühl ist nirgendwo vorhanden, ständig abwertende Bemerkungen und Unterstellungen, als ob alle nur Gauner wären und auf Sozialhilfe aus. (In meiner Kindheit gab es den Spruch: „Wie man denkt so ist man selber.“)
Um auch etwas Positives anzumerken: in Wien gibt es die Alphabetisierungskurse. Ob sie in anderen Bundesländern auch so organisiert sind oder ob für Schüler:innen überhaupt Alphakurse an Schulen angeboten werden, weiß ich nicht: an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, je fünf Stunden. Das ist zwar nicht ideal, besser wären zwei Stunden, fünf Mal die Woche, aber da die Kinder aus anderen Schulen, aus anderen Bezirken kommen, ist die derzeitige Organisation ein Kompromiss.
Deutsch lernt man nicht im Deutschkurs. Durchmischen wäre das Beste. Wenn Kinder für Alphakurse quer durch die Bezirke fahren können, können das alle anderen Kinder auch.
Ein 14jähriger Schüler, der in Afghanistan oder Syrien nie in einer Schule war, und dem es schwerfällt, still zu halten und sich zu konzentrieren und der trotzdem den Ehrgeiz hat, Lesen und Schreiben in einer fremden Sprache von der Pike auf zu lernen, schafft es in einem Jahr, zu lesen und zu schreiben, zwar langsam, aber gut. Das ist eine enorme Leistung. Wird sie gewürdigt?



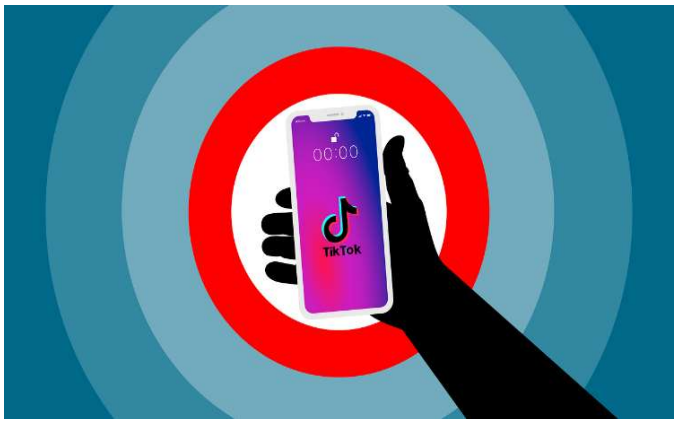
Er kann dem Unterricht in seiner Stammklasse, die er jetzt zum zweiten oder dritten Mal wiederholt, leider trotzdem nicht folgen. Er kann lesen und schreiben, aber kann er den Inhalten in den Lehrbüchern folgen? Versteht er, was die Lehrerin über Physik und Geschichte erzählt?
Es ist sehr oft zum Verzweifeln!
Ähnlich geht es Schüler:innen, die den Deutschförderkurs endlich verlassen können.
Weil sich im System nichts Grundlegendes ändert, braucht es einen Übergang, und zwar einen, der nicht entwürdigt. Z.B. Erstsprachenlehrer:innen, die in den jeweiligen Fächern ausgebildet sind.
„Das kostet zu viel Geld“, sagt ein Kollege.
Ja, das kostet Geld. Diese Kinder zurückzulassen kostet jedoch in zehn, fünfzehn Jahren noch viel mehr.

Angelika Pichler
Alphabetisierungslehrerin in Wien
apfl-Aktivistin

Von TikTok bis Tafelkreide – Schule im digitalen Zeitalter

Alpha-Men, Clean Girl, Challenges und wir Lehrkräfte mit Lernzielen und dem täglichen Alleskönnen mittendrin

Ein gefährlicher TikTok-Trend
Drei Mädchen im Alter von elf bis dreizehn Jahren stehen dicht beieinander. In ihrer Mitte ringt ein weiteres Mädchen nach Luft, das Gesicht hochrot, kurz vor der Bewusstlosigkeit. Eine der Schülerinnen drückt ihr die Kehle zu. Im letzten Moment greife ich ein. Später spreche ich mit den Mädchen über den Vorfall.



„Das ist ein TikTok-Trend“, erklären sie mir. *„Wir wollten sehen, wer am längsten durchhält, ohne bewusstlos zu werden.“*
Als ich in der 6. Klasse nachfrage, wird das Ausmaß deutlich: Fast alle Kinder kennen diesen Trend, viele haben ihn bereits ausprobiert. Wir nutzen die Stunde auch, um zu besprechen, wie hoch die tägliche Bildschirmzeit der Kinder ist. Bei manchen sind es bis zu acht Stunden.

Unterricht an der digitalen Lebenswelt ausrichten
Schon vor diesem Vorfall war mir bewusst, dass ich meinen Unterricht stärker an der digitalen Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler ausrichten müsste. Besonders im Geschichts- und Politikunterricht stieß ich zunehmend an meine Grenzen: Immer öfter war ich mit den digitalen Bubbles der Kinder konfrontiert und meine Versuche, demokratisches Denken zu fördern, scheiterten häufiger als früher.
Als ich begann, die Social-Media-Welt aktiv in meinen Unterricht einzubeziehen, änderte sich etwas. Plötzlich konnte ich leichter an die Lebensrealität der Kinder anknüpfen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Aus dieser Erfahrung entstand schließlich der Verein *Cyberchecker*, den ich gemeinsam mit der Marketingexpertin, Unternehmerin und Content Creatorin Sandrine Baumgartner gründete. Ziel des Vereins ist es, Erwachsene, Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt zu stärken.

Social Media als Lebensrealität
Die Situation, die ich zu Beginn geschildert habe, zeigt sich quer durch Österreich, wie ich in der Arbeit mit meinem Verein immer wieder erlebe. Social Media ist längst nicht mehr nur das Scrollen durch Videos oder Bilder, sondern Informationsquelle, Meinungsbildner, demokratischer Raum, ästhetisches Vorbild, Einflussfaktor für Ess- und Sportverhalten und zunehmend auch Wissensvermittler mit Accounts zu Englisch oder Mathematik.

Digitale Dschungel-Realität der Schüler:innen
Was zunächst wie ein Einzelfall wirkt, steht exemplarisch für eine Entwicklung, die längst alle Schulen betrifft. Kinder und Jugendliche bewegen sich täglich in einer digitalen Welt, deren Dynamik, Werte und Risiken Erwachsene oft nur am Rande verstehen. Lehrkräfte erleben diese Realität hautnah. Oft jedoch ohne die nötige Unterstützung oder Strukturen, um sie angemessen zu thematisieren und didaktisch aufzufangen.
Nehmen wir uns einen Moment Zeit, um zu verstehen, wie selbstverständlich soziale Medien den Alltag junger Menschen prägen und wie dringend Orientierung in diesem digitalen Dschungel gebraucht wird. Wir haben eine Generation, die nur die Verschmelzung von digitaler und analoger Welt kennt. Handys, Computer und der digitale Raum sind für sie selbstverständlich, denn sie kennen keine Welt ohne diese Technologien.

Unsere Perspektive trifft auf ihre Lebenswelt
Wir möchten unsere Perspektiven und Erfahrungen an unsere Kinder weitergeben, die wir als „besser“ empfinden. Oft höre ich, dass früher doch alles besser gewesen sei, ohne all diese digitalen

Technologien. Doch das funktioniert zunehmend nicht mehr, weil heutige Kinder diese Lebenswelt selbst nie erlebt haben und vor allem, weil die digitale Welt bleiben wird. Menschen mit einer rein analogen Vergangenheit werden immer weniger.
Das ist die Realität, der wir uns stellen müssen und sie bietet sehr viele Chancen: neue Jobs, Role Models, Identität, Arbeitserleichterung, politische Partizipation, Innovation, Netzwerk, Selbstorganisation, Lernplattformen, Inspiration und so vieles mehr!
Die digitale Welt ist also nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine enorme Chance, wenn wir Kinder und Jugendliche darin begleiten, sie bewusst, reflektiert und kompetent zu nutzen. Dafür müssen wir Erwachsenen diese Plattformen aber dementsprechend verstehen und nutzen können.

Grenzen der Schule und die Verantwortung von oben

In meiner Arbeit stelle ich immer wieder fest, dass Lehrkräfte sehr bemüht sind, die digitale Lebenswelt ihrer Schülerinnen und Schüler in den Unterricht zu integrieren. So, wie ich es auch in meiner eigenen Lehrtätigkeit war. Doch sie stoßen an Grenzen, die sie nicht selbst überwinden können. Das Internet ist schnelllebig, Trends verändern sich von Minute zu Minute. Es fühlt sich an wie ein Wettlauf, bei dem das Ziel ständig weiter nach vorne rückt.
Wo bleibt der Gesetzgeber mit digitalen Kampagnen, die sich tatsächlich in den Schulalltag integrieren lassen? Zwischen Schularbeiten, Elterngesprächen, emotionaler Care-Arbeit und vielem mehr? Wann wird Medienkompetenz endlich zu einem zentralen Bestandteil des Unterrichts, der klar strukturiert, wissenschaftlich begleitet und nachhaltig gefördert wird?
Lehrkräfte wollen an die Lebensrealität der Kinder anknüpfen und sie sicher durch die digitale Welt begleiten. Doch häufig fehlt ihnen das Wissen, die Zeit und die passenden Ressourcen, um digitale Inhalte adäquat zu vermitteln. Hier ist der Gesetzgeber gefordert: Er muss Werkzeuge, strukturelle Unterstützung und Ressourcen bereitstellen, damit Medienkompetenz nicht nur ein Anspruch bleibt, sondern praktisch im Unterricht umgesetzt werden kann.

Kinder, Algorithmen und digitale Chancen

Kindern ist bewusst, dass das Handy keine gesunde Alternative ist. „*Ich möchte gar nicht so viel am Handy sein. Aber was soll ich machen? Ich kann nicht anders*.“ Diesen Satz hören wir in fast jedem Workshop.
Auch wenn wir ihnen positive digitale Inhalte zeigen und verdeutlichen, welche Chancen das Internet und soziale Medien bieten, bleibt die Faszination für toxische Inhalte sehr groß.
Wir sprechen darüber, welche Berufe durch Social Media entstanden sind, wie sie Hobbys kreativ teilen oder neue Ideen und Inspiration finden können. Wir fragen: Welche Accounts liefern verlässliche Nachrichten? Welche Politiker:innen in Österreich nutzen Social Media, um demokratisches Wissen zu vermitteln?

Ernüchternd ist, dass uns bislang keine Schulklasse begegnet ist, deren Schülerinnen und Schüler aus schulischem Interesse relevanten Accounts folgen. Bundespräsident Van der Bellen ist für viele ein Phantom. Ein Gesicht aus Google für eine Präsentation, kein Mensch mit einer Stimme auf Instagram, dem man folgen sollte. Dabei ist er dort durchaus aktiv und modern.
Wir müssen klein anfangen und die Algorithmen der Kinder und Jugendlichen schrittweise positiv beeinflussen. Doch in der Verantwortung steht der Gesetzgeber: Er muss uns die nötigen Werkzeuge, Zeit und Ressourcen zur Verfügung stellen und selbst dafür sorgen, dass Plattformen mit positiven, zukunftsorientierten Inhalten geflutet werden. Für die *For You Pages* unserer Kinder und für die digitale Zukunft Österreichs.

Fazit: Wir haben eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung

Wenn wir Kinder und Jugendliche in ihrer digitalen Welt erreichen wollen, müssen wir sie ernst nehmen. Ihre Sprache, ihre Plattformen und ihre Realität. Medienkompetenz darf kein Zusatzthema sein, das irgendwo zwischen Stundenplan und Lehrplan Platz findet. Sie ist längst Teil der Lebensbildung.
Nur wenn Schule, Politik, Eltern und Medien gemeinsam Verantwortung übernehmen, können wir den Social-Media-Dschungel zu einem Raum machen, in dem junge Menschen wachsen, statt zu

stolpern. Denn wer Kinder stärkt, stärkt letztlich auch unsere Demokratie.

Cyberchecker ist ein Verein, der Kinder, Jugendliche und Erwachsene in der digitalen Welt stärkt. Ziel ist es, Medienkompetenz zu fördern, digitale Chancen aufzuzeigen und junge Menschen dabei zu unterstützen, sich sicher, reflektiert und selbstbestimmt im Netz zu bewegen. Cyberchecker unterstützt zudem Schulen und Lehrkräfte dabei, niederschwellige und einfach umsetzbare Tools in den Schulalltag zu integrieren.

Alexandra Vrhovac
Co-Founder cyberchecker

Kontakt für Zusammenarbeit:
info@cyberchecker.at

Praxis Schule 3

Suspendierungsbegleitung: Wenn Symbolpolitik Schule macht

Ein Gesetz, das helfen soll – aber nicht hält, was es verspricht.
Mit dem Entwurf zur sogenannten *Suspendierungsbegleitung* will das Bildungsministerium auf selbst- und fremdgefährdendes Verhalten von Schüler:innen reagieren. Klingt vernünftig – wäre da nicht der altbekannte Pferdefuß: Es fehlt an allem, was Unterstützung wirklich möglich macht. Ohne ausreichende Ressourcen, Fachpersonal und verbindliche Kooperation ist das bloße Papier keine Hilfe.

Prävention statt Panikreaktion
Suspendierungen sind kein pädagogisches Mittel, sondern ein letztes Alarmzeichen. Wer Kinder und Jugendliche schützen will, muss früher ansetzen: mit Schulpsycholog:innen, Sozialarbeit, multiprofessionellen Teams und der engen Zusammenarbeit mit Jugendhilfe, Gesundheitsdiensten und Kriseneinrichtungen.

Gesetz mit Lücken
Der Entwurf wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet: Wann ist eine Suspendierung rechtskräftig? Wer entscheidet über die Aufhebung? Warum beginnt Begleitung erst am fünften Tag – und warum sind Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ausgeschlossen? Das ist pädagogisch unsinnig und sozial ungerecht. Unterstützung darf nicht von Fristen oder Diagnosen abhängen. Außerdem müsste beispielsweise Supervision für Lehrkräfte in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt werden. Wer Schule stärken will, muss auch die stärken, die darin arbeiten.

Kommunikation statt Kompetenz-Wirrwarr
Was seit Jahren fehlt, ist eine klare, gesetzlich verankerte Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe, Behörden und Eltern. Informationen versickern, Zuständigkeiten bleiben unklar – und Kinder geraten dazwischen. Wir fordern verbindliche *Helfer:innenkonferenzen*, klar geregelte Informationsflüsse und echte Kooperation statt Verwaltungsfloskeln.

Verantwortung statt Strafe
Bevor über Verwaltungsstrafen nachgedacht wird, muss der Staat seiner Fürsorgepflicht nachkommen. Alle sozialpädagogischen, psychologischen und medizinischen Mittel müssen ausgeschöpft werden, bevor Eltern oder Kinder sanktioniert werden. Bildungsarbeit in Krisenzeiten braucht Empathie, Geduld und professionelle Rahmenbedingungen – keine Symbolpolitik.

Bernhard Lahner
Personalvertreter
DA FSO

Praxis Schule 4

Entbürokratisierung?

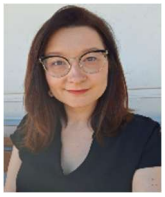
Ende des letzten Schuljahres 2024/25 lancierte Bildungsminister Christoph Wiederkehr (NEOS) online die Initiative *Freiraum Schule*. Eingeladen sich mit Ideen zur Verbesserung der österreichischen Schulen zu beteiligen, waren alle, die in eben diesen arbeiten. Hauptaugenmerk lag darauf, welche bürokratischen Maßnahmen aus Sicht von Lehrkräften entbehrlich seien. Mit Beginn der Schuljahres 2025/26 wurden die ersten Ergebnisse präsentiert: Mehr Deutschförderung, sowie dass 80% aller Rundschreiben abgeschafft würden. Man könnte nun entgegnen, dass es dafür keine – vermutlich nicht allzu billige – Kampagne gebraucht hätte, denn: (1) Die meisten Kolleg:innen lasen die Masse an Rundschreiben ohnehin schon lange nicht mehr. (2) Der Zeitgeist fordert, schulische Probleme auf den Mangel an Deutschkenntnissen zu reduzieren und die Problemwurzel unangetastet zu lassen – das war auch schon vorher so (vgl. bspw. Paul Mecheril, María do Mar Castro Varela, Rainer Hawlik). Für jemanden, der sich mit dem österreichischen Bildungssystem, d.h. seiner (un)pädagogischen Praxis und seiner (erodierenden) theoretischen Fundamente, auseinandersetzt, wird auch das wiederholende Wiederholen dieser Kritiken bestenfalls fad, schlimmstenfalls wird man fatalistisch.

Deshalb ist der folgende Denkanstoß einer meiner Kolleg:innen, die ich um Einschätzungen der Kampagne bat, durchaus erfrischend. Eben weil er die vermeintlich unsere Arbeit behindernde Bürokratie in ein dialektisches Licht setzt; Kollegin Rosa Besler argumentiert nämlich *auch positiv*, an Max Weber erinnernd:

Bürokratische Maßnahmen haben einen Sinn. Wir brauchen Bürokratie in den schulischen Institutionen, damit Abläufe geregelt funktionieren können. Als unnötig kann man sie nicht abwerten. Im Gegenteil: sie sind notwendig. Es macht jedoch Sinn bürokratische Maßnahmen unter die Lupe zu nehmen und sie kritisch zu betrachten, um Verbesserungen zu forcieren. Als Erstes fällt mir hierbei die ewige Suche nach Formularen ein. Oft sind Lehrkräfte damit beschäftigt, aktuelle Formulare für unterschiedliche Anträge zu suchen. Die Betonung liegt hier auf „aktuell". Formulare und Abläufe zum Einreichen ändern sich stetig und werden an Lehrpersonen kaum kommuniziert. So ist man ewig auf der Suche nach bürokratischen Antworten. Das eröffnet das zweite Dilemma rezenter Bürokratie: die Antragsabläufe. Formulare müssen mehrere Instanzen durchlaufen und in WiSion hochgeladen werden, bis diese in den zuständigen Abteilungen einlangen. Ein viel zu langer Weg. Dabei liegt bekanntlich in der Kürze die Würze.

Aus dem Statement von Besler ließe sich auch lernen, dass es nicht bürokratische Maßnahmen *per se* sind, die es abzuschaffen gilt, weil sie unsere Arbeit erschweren. Sondern die nicht enden wollenden Versuche der bildungspolitisch Regierenden – ist deren Auszeichnung als als „zwanghaft" überbordend? – immer etwas Neues machen zu müssen. Hiermit offenbart sich auch der neoliberale Impetus solcherlei Beteiligung: die Regierten werden gefragt, wie sie denn regiert werden wollen, allerdings ohne *wirkliches* Interesse an ihren Antworten, sondern um dann doch unterm Deckmäntelchen der fingierten Beteiligung das zu machen, was die Regierten eigentlich nicht wollen.
Oder im Imperativ: Wir wollen eine Klassenschüler:innenhöchstzahl, wir wollen mehr ausgebildetes Personal, wir wollen mehr Raum, wir wollen einen gerechten Lohnabschluss, wir wollen mit den alltäglichen schulischen Problemen nicht alleine gelassen werden. Wie das geht? Vielleicht gibt es einmal *echte empirische wie theoretisch* haltbare Studien, die ernstgemeinten Reformen (≠ Parteipolitik) den Weg ebnen. Und wenn Bildungspolitiker:innen dennoch nichts einfällt, dann lassen Sie uns zumindest unsere Arbeit machen ohne neomanische Reformitis.

Tobias Becker
Personalvertreter
DA West 6



Rosa Besler
Volksschullehrerin in Wien

Kommentar 1

Gedanken eines Gewerkschaftsmitgliedes zum aktuellen Gehaltsabschluss

„Dreijahresabschluss durchgesetzt! Nulllohnrunden verhindert.“
„Höhe des Abschlusses für 2026 unverändert bei 3,3 %.“
„Die Gehälter steigen im Durchschnitt bis Ende 2028 um Ø 5,4 %.“ ist auf www.goed.at zu lesen.

Ist das wirklich eine Erfolgsmeldung? Ich möchte mir als denkendes Gewerkschaftsmitglied von meiner Gewerkschaft keinen Sand in die Augen streuen lassen müssen.
Eine Erhöhung für das Jahr 2026 bleibt nicht gleich hoch, wenn +3,3% erst ab der Jahresmitte ausbezahlt wird. Die Erhöhung für 2026 sinkt dadurch nämlich real um die Hälfte auf nur 1,65%.
Das bedeutet aus aktueller Sicht nach einem Reallohnverlust 2025, dass es aller Voraussicht nach 2026, 2027 und 2028 einen weiteren Reallohnverlust geben wird. Ich kenne keine Person, die annimmt, dass die Inflation in den kommenden drei Jahren insgesamt um nur 5,4% steigen wird. So beläuft sich die Inflationsrate (VPI) laut Statistik Austria-Schnellschätzung diesen Oktober auf 4%. Ich wünsche mir von „meiner“ Gewerkschaft, dass sie das klar und transparent kommuniziert.
Ich wünsche mir von meiner Gewerkschaft, dass sie mich informiert welche Verbesserungen im Öffentlichen Dienst -vor allem im Schulbereich- dafür im Gegenzug ausverhandelt wurden. Es braucht nicht noch mehr überfraktionelle GÖD-Resolutionen für bessere Arbeitsbedingungen. Verhandlungen einzufordern und Verbesserungen zu erreichen wäre seit Jahren dringend notwendig.
„Ein dreijähriger Lohnabschluss wurde erreicht.“ Gratulation, nachdem bereits der zweijährige Lohnabschluss nicht gehalten hat. Erwähnenswert ist hierbei, dass der ÖGB keine Mehrjahres-Lohnabschlüsse empfiehlt, da durch diese langfristigen Abschlüsse nicht auf die jeweilige rollierende Jahresinflation Rücksicht genommen werden kann.
Dies bedeutet aller Voraussicht nach vier Jahre (2025-2028) hintereinander Reallohnverluste, also vereinfacht gesagt: Weniger Geld im Börserl. Die aktuelle Regierungskoalition jubelt nach Bekanntgabe des neuen Verhandlungsergebnisses über 310 Millionen Euro Einsparungen im Öffentlichen Dienst für das kommende Jahr 2026. Wie hoch ist der Beitrag, den jede:r einzelne von uns zu leisten hat? Diese Antwort wünsche ich mir von einer ehrlichen Gewerkschaftsleitung.
Ich kann es schon nicht mehr hören, dass „eine Nulllohn-Runde verhindert“ wurde. Eine Arbeitnehmer:innen-Vertretung sollte in eine Verhandlung mit dem Ziel gehen, zumindest die jeweils rollierende Inflation auszugleichen. Strategisch ist die Verhandlungspositionsansage „Wir wollen eine Nulllohnrunde verhindern“ ein Schuss ins eigene Knie. Das Verhandlungsgegenüber kann sich über so eine veröffentlichte Position nur freuen. Diese Ansage im Vorhinein bedeutet nur den eigenen Mitgliedern zu suggerieren, dass jedes 0,..% plus ein Erfolg ist, selbst wenn das Ergebnis unter der jeweiligen Preissteigerung bleibt.
Übrigens wünsche ich mir als einfaches Gewerkschaftsmitglied bei derartigen Entscheidungen -wie Gehaltsabschlüssen (für drei Jahre) eine Urabstimmung. Ich erwarte mir eine Befragung aller GÖD-Mitglieder, ob das von FCG (GÖD)- und FSG (younion für die Gemeindebediensteten) -Vertretern ausgehandelte Ergebnis auf Zustimmung stößt oder ob die Mehrheit der Mitglieder für gewerkschaftliche (Kampf-) Maßnahmen eintritt, um bessere Arbeitsbedingungen und einen besseren Gehaltsabschluss zu erreichen.
Allfällige gewerkschaftliche Maßnahmen müssten aber bereits im Vorhinein gut vorbereitet werden, damit das Verhandlungsgegenüber weiß: Drohungen könnten ernst gemeint sein. Die Vorbereitung und die kurzfristige Absage der GÖD-Veranstaltung am 26.11.2024 (oder hätte es eine Kundgebung oder doch eine Demonstration werden sollen) am Ballhausplatz zeigen, dass aktuell Vorbereitung und die Kommunikation gewerkschaftlicher „Maßnahmen“ leider nicht die Stärke unserer gewerkschaftlichen Strukturen sind.

Bernd Kniefacz
Personalvertreter DA FSO
2. stv. Vorsitzender des ZA
dzt. im Sabbatical

Kommentar 2

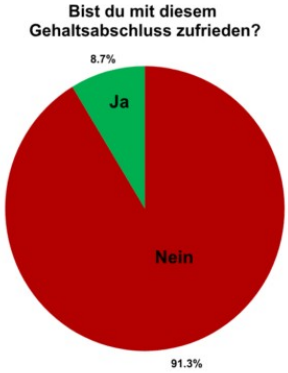
Wir fordern die beste Bildung für alle!

Der Zweijahresabschluss 2024-2025 ist mit Zustimmung der GÖD aufgeschnürt worden. Dass dabei nur eine Verschlechterung rauskommen werden wird, war durch die Kommunikation der Regierung im Vorhinein klar. Als *Österreichische Lehrer:innen Initiative* waren wir von Anfang an im Interesse aller Lehrenden und öffentlich Bediensteten gegen diesen Gehaltsabschluss.

In der öffentlichen Debatte ging es darum, dass die Beamten privilegiert wären und der Regierung helfen sollten, zu sparen. Der GÖD-Vorsitzende Quin betonte noch vor den Verhandlungen, nicht auf Kosten der Gehälter sparen zu wollen, doch man zeige sich gesprächsoffen, und trat Tage später in Verhandlungen ein. Wie bei dem Metaller-Kollektivvertragsabschluss kam es, im Vergleich zu den Vorjahren, zur blitzartigen Einigung für den öffentlichen Dienst, mit den befürchteten Verschlechterungen. Die Sparregierung aus Schwarz-Rot-Pink setzte sich mit dem Spardruck durch, ohne auf realen Widerstand gestoßen zu sein, denn die Gewerkschaft war eingeknickt. Kein Aufschrei, keine Demonstration, keine gewerkschaftliche Maßnahme war getroffen worden. Die Stimmung in der Lehrer:innenschaft und der Gewerkschaftsbasis war resigniert, wenige waren wütend-kämpferisch. Die GÖD konnte diese Stimmung in keinster Weise kanalisieren. Einzig *Schule brennt* organisierte unter Teilnahme der *apfl-ÖLI-UG* eine Kundgebung vor der GÖD-Zentrale im 1. Bezirk.

Von „unglücklicher Kommunikation" sprach die FSG, nachdem sie die Gehaltsentwicklung im Pakt für 2026 mit quasi inflationsausgleichend bilanziert hatte, was offensichtlich nicht richtig war. De facto hat der Abschluss des öffentlichen Diensts eine negative Vorbildwirkung für die folgenden Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft und bedeutet Lohn- und Gehaltsverluste weit über den öffentlichen Dienst hinaus. Allgemein werden die Profite des Kapitals in unserem Wirtschaftssystem auf Kosten der Löhne und Gehälter hoch gehalten.

Als direkte Reaktion auf diese skandalöse Rolle der Mehrheitsfraktionen FCG-FSG in den Gehaltsverhandlungen, die an den Interessen der Angestellten völlig vorbei ging, organisierten die *aktiven pflichtschullehrer:innen* und die *Österreichische Lehrer:innen Initiative* außerdem eine Befragung, um eine empirisch fundierte Argumentationsbasis zu erlangen. Rund 1.000 Menschen nahmen teil, eine überwiegende Mehrheit sprach sich gegen den Gehaltsabschluss und/oder für eine Mitgliederbefragung unter Gewerkschaftsmitgliedern aus:



Im Grunde könnten wir jedoch den größten Hebel in Gang setzen, um den Abschluss von Seiten der arbeitenden Menschen aus in Frage zu stellen: Eine Urabstimmung würde alle Lehrenden unserer Branche einbinden, größer gedacht wäre eine erfolgreiche Urabstimmung gegen den Gehaltsabschluss im ganzen öffentlichen Dienst beispiellos und würde ein imperatives Mandat darstellen, den auf Mitte 2026 aufgeschobenen Abschluss nochmals nachzuverhandeln. Das ist möglich und erreichbar, wenn wir eine Kampagne um diese Forderung organisieren.

Als *aktive pflichtschullehrer:innen* und *Österreichische Lehrer:innen Initiative* wollen wir nicht mit geballter Faust in der Hosentasche resignieren, weil die Gewerkschaftsführer:innen ihre Kernaufgabe nicht wahrnehmen. Während wir in einem immer schwieriger werdenden Umfeld arbeiten, müssen wir ständig mehr Aufgaben in der gleichen Zeit erledigen. Dieses System passt allgemein nicht, weder für uns Leher:innen, noch für Schüler:innen,

nicht für Polizist:innen und auch nicht für Krankenpfleger:innen.

Es gibt jedoch Handlungsoptionen: Mittel- bis langfristig können wir fraktionsübergreifend entschlossen NEIN zum Sparzwang sagen. Wir wehren uns gegen den von oben erzwungenen Kaufkraftverlust bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung. Unser Ziel ist es, Methoden und einen Plan zu entwickeln, um konkret ein gutes Bildungssystem durchzusetzen. Wir Lehrer:innen wissen, wo der Schuh drückt, wir können Schule selbst am besten und effizientesten selbst organisieren.
Hierzu brauchen wir dich! Schließ dich der *apfl-ÖLI-ug* an, komm zu unseren Treffen und sprich am Arbeitsplatz mit deinen Kolleg:innen über unsere Ideen und die Perspektive, eine Bewegung gegen den Abschluss zu organisieren:
Let's reclaim our union, let's flood the zone with democracy!

Markus Haunschmid
Personalvertreter
DA West 4

Rechtliches

Die wichtigsten Aufgaben der Personalvertretung und Gewerkschaft

Die Personalvertretung (PV) ist die gesetzliche Interessensvertretung von Lehrer:innen unabhängig davon, ob eine GÖD-Mitgliedschaft vorliegt oder nicht. Die Personalvertretung ist im PVG[2] geregelt, welches 1967 in Kraft trat. Verglichen mit einer privatwirtschaftlichen Unternehmung ist die Personalvertretung wie ein Betriebsrat zu sehen. Finanziert wird die PV durch den Dienstgeber.
Auf der regionalen Ebene ist der Dienststellenausschuss (DA) mit seinen Mitgliedern die Personalvertretung (PV), auf der landesweiten Ebene vertritt der Zentralausschuss (ZA) der Wiener Pflichtschullehrer:innen die Interessen aller Wiener Landeslehrer:innen, vor allem für Agenden, die das ganze Bundesland betreffen. In Wien gibt es in Summe 16 DA-Regionen, wobei 2 davon überregional sind (DA ASO, DA FSO), und den wienweiten ZA. Alle fünf Jahre finden österreichweit PV-Wahlen statt, zuletzt im November 2024.

Die Aufgaben der Personalvertretung sind im PVG § 9 geregelt und so ergeben sich drei wesentliche Rechte: Mitwirkungsrecht gem. PVG § 9 Abs. 1, Mitentscheidungsrecht gem. PVG § 9 Abs. 2 und Informationsrecht gem. PVG § 9 Abs. 3.
Die gewählten Personalvertreter:innen sind in erster Linie für die Einhaltung und faire Umsetzung von bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen (Gesetze, Erlässe, Rundschreiben etc.) zuständig. Sie beraten Kolleg:innen und stehen Kolleg:innen im Konfliktfall bei.

Die Gewerkschaft ist ein überparteilicher, privater Verein, der 1945 gegründet wurde und dem öffentlich Bedienstete freiwillig beitreten können. Die Mitgliedschaft ist nicht kostenfrei, sondern an einen monatlichen Mitgliedsbeitrag gekoppelt. Dieser ist gehaltsabhängig und wird von der GÖD eingehoben. Die Gewerkschaft ist somit die freiwillige Interessensvertretung von Lehrer:innen und die für die Pflichtschullehrenden zuständige Bundesvertretung ist die BV 10 (vgl. https://aps.goed.at/). Die GÖD ist genauso wie die GPA oder Vida eine Teilgewerkschaft des ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) und fungiert nicht aufgrund von Gesetzen, sondern auf Basis von Statuten. Neben der Bundesleitung und den Landesleitungen gibt es in den Regionen einen Gewerkschaftlichen Betriebsausschuss (GBA), der auf Regions-/Bezirksebene fungiert und der zugehörigen DA-Region ähnelt.

Die Gewerkschaft ist zuständig für die Verbesserung bestehender Gesetze im Interesse der Kolleg:innen (Gehalts-, Pensions- und Dienstrecht, Schulgesetze etc.) sowie für die Organisation von Kampfmaßnahmen in Zusammenarbeit mit PV-Organen. Die Gewerkschaft führt Verhandlungen

über Kollektivverträge mit der Dienstgeberseite. Das Service bekommen nur GÖD-Mitglieder.

Zur Sichtung der Diensteinteilung in der Pflichtschule durch die PV

Im Bundes-Personalvertretungsgesetz (kurz: PVG) steht im § 9 Abs. 2 folgender Gesetzestext:
„Mit dem Dienststellenausschuss ist im Sinne des § 10 das Einvernehmen herzustellen:
b) bei der Erstellung und Änderung des Dienstplanes einschließlich der zeitlichen Lagerung der Ruhepausen und der Diensteinteilung; soweit sich diese über einen längeren Zeitraum oder auf mehrere Bedienstete bezieht“
Sämtliche Mitglieder der Dienststellenausschüsse (DAs) sollten daher in den letzten Wochen die Dienstpläne aller Schulstandorte überprüft haben. Die Schulleitungen mussten ihre Diensteinteilungen fristgerecht an den DA übermitteln. Der DA, als Kollegialorgan hat zu überprüfen, ob beispielsweise eine gleichmäßige Verteilung von Freistunden, Mehrdienstleistungen oder der Gangaufsichtszeiten bei den Kolleg:innen eines Standortes berücksichtigt wurde. Dabei ist das Einvernehmen innerhalb des DA herzustellen.

apfl-ÖLI-ug-Mandatar:innen beteiligen sich an der Prüfung der Dienstpläne (= Stundenpläne sowie Gangaufsichtspläne der Kolleg:innen) mit größter Genauigkeit und prüfen sämtliche Pläne in ihrem Bereich. Wir versuchen dies für alle Bereiche, in denen wir vertreten sind, zu veranlassen.

Dafür bedarf es keiner Beschwerden von einzelnen Lehrpersonen zum Stundenplan oder zum Gangaufsichtsplan, ist doch die Überprüfung eine zentrale Aufgabe der PV und gesetzlich im PVG fixiert. Daher haben die DAs die Verpflichtung insbesondere im Herbst eines Schuljahres die Diensteinteilenden (= Schulleitungen) zu kontrollieren und ggf. Ungereimtheiten bei der Diensteinteilung auszuräumen.

Etwaige Dienstplanänderungen (etwa durch Mehrdienstleistungen usw.) während eines Schuljahres sind dem DA zur Kenntnis zu bringen, diese bedürfen erneut des Einvernehmens mit dem DA.

Im Falle, dass das Einvernehmen zu Dienstplan/Diensteinteilung auf Regionsebene zwischen der Schulleitung und der regionalen Personalvertretung nicht hergestellt werden kann, wird die Materie zum Verhandlungsgegenstand zwischen der Dienststellenleitung und dem Zentralausschuss für Wiener Landeslehrer:innen an allgemeinbildenden Pflichtschulen (ZA-APS).

Liebe Kollegin! Lieber Kollege!

Hast du Probleme mit deinem Stundenplan oder mit der Einteilung deiner Aufsichten? Melde dich bei einer/einem Personalvertreterin/Personalvertreter deiner Wahl aus deiner zuständigen DA-Region!
HINWEIS: Auch Schulleiter:innen können unter den aktuell geltenden gesetzlichen Regelungen Personalvertreter:innen (DA/DWA/ZA/ZWA) sein und sind es auch, weil sie Lehrer:innen „in besonderer Verwendung“ sind und somit auch in den DA/ZA gewählt werden können.

Die apfl-ÖLI-ug sieht das sehr kritisch, da der Interessenskonflikt vorprogrammiert ist. Die Lösung dieser Befangenheiten könnte ein eigens zu schaffender „Dienststellenausschuss Schulleitungen APS“ sein, quasi eine 17. DA-Region Wiens, die überregional fungiert. In dieser wären dann nur Schulleiter:innen vertreten - ein möglicher Ansatz zum Durchdringen des aktuell bestehenden Interessenskonflikts.

Florian Jilek-Bergmaier
Personalvertreter
DA West 3

Thema „Kopftuchverbot“ 1

Warum das Kopftuchverbot für Schülerinnen unter 14 Jahren richtig ist

Ich möchte vorausschicken, dass ich klar für eine strikte Trennung von Staat und Kirche eintrete, also für einen Laizismus französischer Prägung (laïcité), der in Frankreich schon seit 1905 gesetzlich verankert ist (Loi relative à la séparation des Eglises et de l'Etat) und Religion zur Privatsache macht. Seit 2004 gibt es außerdem ein Gesetz, das den Schüler:innen verbietet, Kleidung oder Zeichen zu tragen, die ihre Religionszugehörigkeit offenkundig zeigen. Dazu zählen Kippas, auffällig große Kreuze, das Kopftuch und mittlerweile auch Abayas und Qamis.

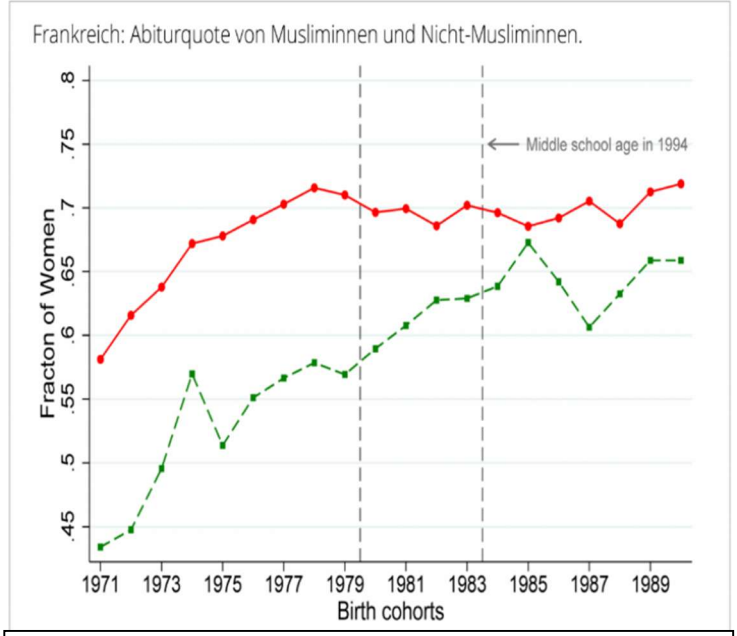
In Österreich hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf unter dem Titel „Bundesgesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung von unmündigen Mädchen an Schulen mittels Einführung eines Kopftuchverbots“ eingebracht, der sich bis Ende Oktober in der Begutachtung befindet. Das Kopftuchverbot für unmündige Mädchen bis zur 8.Schulstufe wird von allen Parlamentsparteien gutgeheißen. Soweit die Ausgangslage. Selbstverständlich darf dabei kritisch angemerkt werden, dass der Entwurf zu kurz greift (siehe oben), dass der ÖVP-Initiative auch andere Motivationen zugrunde liegen, dass schon einmal ein ähnliches Gesetz im Jahre 2020 vom Verfassungsgerichtshof gekippt wurde und dass es von rechtspopulistischen Parteien für ihre Zwecke instrumentalisiert wird.

Nichtsdestotrotz ist dieses Gesetz richtig. Ich möchte das auch anhand zweier Argumentationsstränge wie folgt begründen.

- Das Kopftuch ist natürlich viel mehr als ein religiöses Symbol und kein neutrales Stück Stoff, es ist vielmehr ein Zeichen einer Geschlechterordnung. Kein Volksschulmädchen trägt es aus freien Stücken, sondern weil es dazu angehalten oder sozial unter Druck gesetzt wird. Kinder in diesem Alter können keine reflektierten, religiösen Überzeugungen ausdrücken (gesetzlich: gemäß § 5 RelKErzG kann kein Kind unter 14 Jahren in Österreich selbst über seine Religion bestimmen), sie haben ein Recht darauf, ohne ideologische Beeinflussung aufzuwachsen – egal von welcher Seite. Es geht aber auch um den Schutz minderjähriger Mädchen vor Frühsexualisierung, Degradierung weiblicher Körper zur Quelle der Versuchung, es geht um Scham, Abgrenzung und Gehorsam gegenüber einem mittelalterlichen, patriarchalen Frauenbild. Kinder haben ein Recht vor kruden, ideologischen Indoktrinationen geschützt zu werden. Selbst fortschrittliche, muslimische Frauen lehnen das Kopftuch für unmündige Mädchen ab.[1]

Das Kopftuch steht in einer langen kulturellen Tradition, die weibliche Körper reguliert. Wer Mädchen im Kindesalter Kopftücher tragen lässt, vermittelt ihnen früh, dass sie Verantwortung für die Blicke anderer tragen und sich daher „unsichtbar“ zu machen haben.

„Damit sich ein Kind in der Schule wohlfühlt und ungestört entwickelt, muss es Teil der Gemeinschaft sein. Mit einem Kopftuch herumzutollen, Sport zu betreiben und nicht ausgegrenzt zu werden, weil man nicht bei allem mitmachen darf, ist schwierig. Es geht hier weder um Diskriminierung einer Religion noch um die Diskriminierung von muslimischen Mädchen, weil man ihnen ihre



Quelle: Eric Maurin, Nicolas Navarrete H.: „Behind the Veil: the Effect of Banning the Islamic Veil in Schools.” (2022), S. 40.

[1] „Girls & Gods“ österreichisch-schweizerischer Dokumentarfilm, 2025, Regie: Arash T. Riahi und Verena Soltiz, 2025

Wahlfreiheit wegnimmt, sondern im Gegenteil um das Sicherstellen der bestmöglichen Entwicklungschancen für alle Kinder.“[2]

„Ein Kopftuchverbot muss immer in etwas Größeres eingebettet sein: in eine Bildungs- und Sozialpolitik, die Mädchen stärkt und nicht nur etwas verbietet. Es braucht Sprachförderung, soziale Durchmischung, klare Regeln – aber auch Verständnis und Geduld. Und es braucht den Mut, diese Regeln zu verteidigen, ohne in platte Feindbilder zu verfallen.“[3]

- Eine Studie der Paris School of Economics zeigt auf, dass das seit 2004 an den französischen Schulen herrschende Kopftuchverbot einen eindeutig positiven Effekt hatte: Es wirkte für junge Musliminnen wie eine Bildungsoffensive und förderte gleichzeitig deren Integration.[4] In «Behind the Veil – The Effect on Banning the Islamic Veil in Schools» werden von Éric Maurin und seinem Kollegen Nicholàs Navarrete die Schulabschlüsse von in Frankreich geborenen Musliminnen und Nicht-Musliminnen vor und nach Einführung des Kopftuchverbotes verglichen. Bei den Schulabschlüssen hat sich seit dem Kopftuchverbot der Rückstand auf die nichtmuslimischen Schülerinnen halbiert. Die Studienautoren interpretieren die Ergebnisse wie folgt: Das Verbot des Kopftuchs scheint es den Musliminnen einfacher gemacht zu haben, die Differenzen zwischen Schulkultur und Familienkultur zu überbrücken, was sich positiv auf ihre schulischen Leistungen auswirkte. Zwischen muslimischen (männlichen) Schülern und nicht-Muslimen blieb die Lücke betreffend Schulbildung im selben Zeitraum gleich groß.
[5]

„Die Annahme, dass ein Verbot von islamischen Symbolen Musliminnen von der Gesellschaft aussperren würde, lässt sich nicht erhärten.“ Studienautor Éric Maurin sagt auf Anfrage, er hoffe, mit seinen Erkenntnissen die Debatte zu versachlichen, „sodass in Zukunft mehr Fakten und weniger Ideologie ausschlaggebend sind“. In Frankreich hätten sich die Laizisten durch die Untersuchung bestätigt gefühlt – jener Teil der Linken hingegen, die das Kopftuchverbot als „symbolische Gewalt“ gegen den Islam kritisierten, würden die Ergebnisse ignorieren.[6]

Zum Abschluss noch ein paar Gedanken zum immer wieder geäußerten Rassismusvorwurf.
Wenn damit "antimuslimischer Rassismus" gemeint ist, dann hat es in manchen linken Kreisen schon Tradition sich mit islamischen Bewegungen zu solidarisieren. ("Islamo-Gauchisme"). Schon Michel Foucault ist bei seiner Einschätzung der iranischen "Revolution" 1979 ziemlich falsch gelegen[7]. Die repressive, frauenfeindliche und rückschrittliche Auslegung des Islams ist rassistisch und nicht die Kritik daran. Für Frauen, die im Iran und in anderen Ländern unter Lebensgefahr gegen Repressionen kämpfen ist diese Toleranz gegenüber Intoleranten völlig inakzeptabel.
„Das Kopftuchverbot ist ein Bekenntnis zur Freiheit jedes einzelnen Mädchens. Und die ist nicht verhandelbar. Denn Freiheit ist nicht nur die Freiheit, etwas zu tun, sondern auch die, etwas nicht tun zu müssen.“[8]

Ich trete für Dialoge, Gespräche und gegen Strafen ein. Allerdings habe ich in 42 Jahren Lehrersein hunderte Dialoge mit Kindern, Eltern, Religionslehrer:innen über das Kopftuchthema geführt, mit wirklich sehr bescheidenen Erfolgen. 11-/12-jährige Mädchen erschienen plötzlich mit Kopftuch, veränderten sich und verschwanden in vielen Fällen in islamischen Schulen und/oder wurden zwangsverheiratet. Und wenn so ein Gesetz auch nur ein Mädchen vor so einem Schicksal bewahrt, bin ich dafür.

Helmut Breit
apfl-ÖLI-ug-Aktivist

[2] „Warum ein Kopftuchverbot für Kinder sinnvoll ist“, Mag. Renate Winter, Jugendrichterin i.R., ehem. Präsidentin der UN-Kinderrechtskommission, 10/2025
[3] „Das Kopftuchverbot für Kinder ist richtig“, Anna Thalhammer, Chefredakteurin Profil, 09/2025
[4] https://extranet.parisschoolofeconomics.eu/docs/maurin-eric/revised_veil_final.pdf
[5] https://fowid.de/meldung/frankreich-effekte-des-kopftuchverbots-schulen
[6] https://www.bazonline.ch/kopftuchverbot-macht-erfolgreich-270837105399
[7] „Michel Foucault und die iranische Revolution“ von Philipp Sarasin, Prof. für Neuere Allgemeine Geschichte, Uni Zürich
[8] „Das Kopftuchverbot bis 14 ist ein Gebot der Freiheit“, Lisa Nimmervoll, derStandard, Okt.2025

Thema „Kopftuchverbot“ 2

Contra „Kopftuchverbot“

Im Folgenden möchte ich ausführen, warum ich das sogenannte „Kopftuchverbot“ ablehne.
Ich glaube nämlich, dass es in der Debatte gar nicht um das „Kopftuch“ geht, sondern um gesellschaftliche Spaltung.
Den aktuellen Gesetzesvorschlag für ein „Kopftuchverbot“ für alle schulpflichtigen Mädchen an Österreichs Schulen hält selbst Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ), also eine Regierungsvertreterin, für mit dem Gleichheitsgrundsatz (Artikel 7 der Bundesverfassung) kaum vereinbar.
Der aktuelle Entwurf unterscheidet sich nur geringfügig von jenem Gesetz, das 2020 vom Verfassungsgerichtshof (VfGh) deshalb aufgehoben wurde, weil eine derartige Gesetzgebung mit dem Gebot der religiösen Neutralität des Staates nicht vereinbar ist.
Der aktuelle Gesetzesvorschlag zielt auf das „Kopftuch“ als „Ausdruck einer „ehrkulturellen Verhaltenspflicht““ ab. Was das sein soll, wird nirgends klar ausgeführt.
Darüber hinaus kritisiert Justizministerin Sporrer, dass „keinerlei gesicherte Zahl der Betroffenen“ vorliege und „es offenbar keine Konsultationen mit der betroffenen Gruppe von Kindern und Jugendlichen gegeben“ habe.
Selbst Teile der Bundesregierung halten den Gesetzesvorschlag also für diskriminierend, verfassungsrechtlich bedenklich und unseriös.
Bei Nicht-Einhaltung ist darüber hinaus ein mehrstufiger Sanktionsplan vorgesehen – angefangen bei Gesprächen und endend bei Geldstrafen.

Wir Lehrer:innen sollen Polizei spielen und unsere Schüler:innen bei den Behörden melden! Aus Sicht der Lehrer:innenvertretung sollte die Sache spätestens jetzt sonnenklar sein: Der Gesetzesvorschlag ist nicht nur diskriminierend und unseriös – er sieht ein Mehr an bürokratischer Arbeit für uns Lehrer:innen vor und belastet das Vertrauensverhältnis, das wir in jahrelanger und intensiver Beziehungsarbeit zu unseren Schüler:innen aufbauen und pflegen.

Der „Notstand“
Ohne Zahlen vorzulegen, spricht die Bundesregierung von einem „dringenden gesellschaftlichen Bedürfnis“.
Das Erfinden und Ausrufen von „Notständen“ ist gerade sehr in Mode.
Die österreichische Bundesregierung behauptet zum Beispiel allen Ernstes, dass unser Bildungssystem krankt, weil wir zu viele fremde Kinder im Land haben. Nicht weil es jahrzehntelang kaputtgespart wurde und deshalb überall Ressourcen fehlen. Nein, die Flüchtlinge – vor allem die „kulturfremden“ - sind schuld. Sobald der Notstand ausgerufen ist, kann auf Zahlen, Fakten und Gerichtsurteile gepfiffen werden. Familiennachzug stoppen! Menschenrecht auf Asyl aushebeln!
Auch bezüglich Kopftuchverbot gibt es keine seriösen Daten, das räumt die Bundesregierung selbst ein.
Sie hat keine Ahnung, wie viele Mädchen wann welches Kopftuch tragen und warum sie das tun.
Aber das ist völlig egal – **weil es beim Kopftuchverbot nämlich gar nicht um das Kopftuch geht.**

„Unsere Werte“?
Das Gesetz haben zwar die NEOS eingebracht, Gesicht der Kampagne ist aber Integrationsministerin Claudia Plakolm (ÖVP).
Die junge Konservative bezeichnet Österreich gerne als „christliches Land“ und verkündet, Feministin sei sie nur, wenn damit nicht „die Bekämpfung von Männern“ (DerStandard 2025) gemeint ist.
„In Österreich soll jedes Mädchen frei, selbstbestimmt und sichtbar aufwachsen können“ – Claudia Plakolm verkauft uns das Kopftuchverbot als Politik gegen „patriarchale Zwänge“.
Diskriminierung von Frauen*? Patriarchale Zwänge? Kulturfremd! Islam!
Nicht „unsere Werte“!
Dabei sprechen die Zahlen und Fakten eine ganz andere Sprache.
Zum Beispiel beteiligen sich Österreichs Männer* kaum an der Erziehung ihrer Kinder – "2022 entfielen nur 4,1 Prozent aller Anspruchstage beim Bezug des Kinderbetreuungsgeldes auf Männer“. 4,1%!
Mädchen* und Frauen* haben in Österreich ein signifikant höheres Risiko als Männer*, im Bildungsbereich beziehungsweise am Arbeitsplatz

gemobbt, bedroht oder sexuell belästigt zu werden. Das ist ein Fakt (AK Wien 2020).
Frauen* wachsen in Österreich nicht ohne patriarchale Zwänge und Diskriminierung auf. Vor allem dann nicht, wenn sie sichtbar Migrationshintergrund haben, queer sind oder sozio-ökonomisch benachteiligt.
Nicht weil sie Kopftuch tragen müssen, sondern weil unser Land auf sexistischen, rassistischen und klassistischen Strukturen aufgebaut ist.
„Die anhaltende Diskriminierung von Frauen ist ein unwiderlegbarer Fakt. Auch wenn moderne Ausformungen von Sexismus die Chancenungleichheiten von Frauen und Männern mittlerweile leugnen“.
Mit Erfolg:
70% der im Rahmen einer Studie der AK Wien befragten Österreicher:innen sind der Auffassung, dass „Diskriminierung aufgrund des Geschlechts hierzulande nicht mehr oder nur noch selten stattfinde. Selbst Frauen* glauben nur zu 38%, dass Sexismus in Österreich verbreitet sei“ (AK Wien 2020).
Das ist nämlich die eigentliche Message hinter dem „Kopftuchverbot“:
Sexismus ist ein importiertes Problem und hat mit „unseren Werten“ nichts zu tun. Das ist unwahr und demokratiepolitisch brandgefährlich.
Ich halte den Gesetzesvorschlag nicht nur für unseriös und populistisch, sondern sehe darin ein Lehrbeispiel für antimuslimischen Rassismus als Instrument der gesellschaftlichen Spaltung.
Der wird uns hingeworfen wie ein Stück Brot, auf das sich Hungernde stürzen – wir sollen nach unten treten, das Fremde fürchten und eine Politik akzeptieren (und mittragen!), die Migrant:innen kriminalisiert, entmenschlicht und immer unverhohlener nach oben umverteilt.
Eine Politik gegen uns alle – und für eine kleine Klasse von Besitzenden und Superreichen.
Und siehe da – anstatt die Reallohnkürzungen im Öffentlichen Dienst und die prekäre Situation an Österreichs Pflichtschulen angemessen zu diskutieren und dagegen in Aktion zu gehen, schlucken wir den Köder und reden wieder einmal vom „Kopftuch“.
Ich denke, dass genau das der eigentliche Sinn der Sache ist.
Warum lassen wir uns so bereitwillig spalten?

Philipp Jo* Rafelsberger
apfl-ÖLI-ug und
Schule brennt - Aktivist

Literatur:
APA (2025): Justizministerium bezweifelt Verfassungskonformität von Kopftuchverbot. In: DerStandard, online unter: https://www.derstandard.at/story/3000000293059/kopftuchverbot-justizministerium-bezweifelt-verfassungskonformit228t (Stand: 28.10.2025)

Mittelstaedt, Katharina: Familienministerin Plakolm: „Mein Leitbild ist das von Vater, Mutter und Kindern“. Online unter: https://www.derstandard.at/story/3000000261383/familienministerin-plakolm-mein-leitbild-ist-das-von-vater-mutter-und-kindern (Stand: 29.10.2025).

AK Wien: Diskriminierungserfahrungen von Frauen in Österreich. Online unter: https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/Frauen/Diskriminierungserfahrungen_von_Frauen.pdf (Stand: 28.10.2025)

Bundeskanzleramt: Integrationsministerin Plakolm: Kopftuch schränkt Sichtbarkeit und Freiheit ein. Online unter: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2025/10/kopftuch-schraenkt-sichtbarkeit-und-freiheit-ein.html (Stand: 29.10.2025).

Rechnungshof Österreich: Kinderbetreuung: Rückschritte bei der Väterbeteiligung. Online unter: https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/Meldungen_2024/Kinderbetreuung_Rueckschritte_bei_der_Vaeterbeteiligung_.html (Stand: 29.10.2025).

Meinung

Mädchen stärken und Selbstbestimmung in der Schule ermöglichen!

Ein österreichischer Dokumentarfilm „Girls and Gods“ läuft aktuell im Kino und zeigt den Konflikt zwischen Frauenrechten und Religion. Für FEMEN Aktivistin Inna Shevchenko ein Versuch das Patriachat mittels realistischer Utopie aufzubrechen.
Der Inhalt des Films beleuchtet die Problematik, „was Religion mit Frauen macht“ und könnte den Gesetzesentwurf „Bundesgesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung von unmündigen Mädchen an Schulen mittels Einführung eines Kopftuchverbots“, neu denken lassen.

Es gibt engagierte Pädagog:innen, die dem bevorstehenden Gesetz kritisch bis ablehnend gegenüberstehen und solche, die es befürworten. Rassistische Symbolpolitik oder eine Maßnahme, die Mädchen vor Unterdrückung schützen soll? „Gut so!“, denn endlich können sich Mädchen „befreit“ entwickeln und Bewegung und Sport lehrplangemäß ausüben – und „Nein! Es gibt Religionsfreiheit und ich widersetze mich der Umsetzung dieser Maßnahme! Verbote sind pädagogisch bedenklich!“ Pro und Contra sorgen für emotionale Diskussionen und spalten. Religion sollte verbinden und nicht spalten, sagt man. Was wäre, wenn Schule religionsfrei wäre? Wenn Religion Privatsache wäre? Wenn Ethik statt Religion in der Stundentafel verankert wäre? Religion und ihre Symbole im Sinne der Religionsfreiheit ihren Platz außerhalb der Schule fänden? So wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist! Weil Schulgesetze dort auf Laizismus und nicht auf dem Konkordat beruhen.“ Aber Österreich ist doch dem Konkordat verpflichtet!!!?“ Ja, ABER das Konkordat ist ein Vertrag den Papst Pius XI und die Republik Österreich unter Bundeskanzler Dollfuß und Bundesminister Schuschnigg am 5. Juni 1933 vereinbart haben. Es ist ein Abkommen, das bald sein 100! jähriges Jubiläum feiert. Vereinbart, in einer vom Faschismus geprägten Zeit. Seither hat sich hierzulande gesellschaftspolitisch im Hinblick auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft, vielen Aktivistinnen und Feministinnen sei Dank, vieles geändert. Im Bereich Religion und Kirche ist sie hingegen von Gleichberechtigung meilenweit entfernt.

Es gibt die Möglichkeit das Konkordat zu hinterfragen und einen Antrag auf Aufhebung mit dem heiligen Stuhl zu stellen, es aufzukündigen und auch die Möglichkeit, diesbezügliche Petitionen einzubringen, „Aber unsere Religionslehrer:innen sind wichtig und tragen viel zur Herzensbildung bei! Sie sind offen und aufgeschlossen und sie vermitteln

wichtige Werte!“ Was ist mit ihnen? JA! Für den Großteil der Religionslehrer:innen trifft das zu. Sie leisten wertvolle Arbeit und vermitteln den Schülerinnen nicht, dass sie weniger Rechte und andere Pflichten haben wie ihre Mitschüler. Auch nicht, dass LGBTQIA+ sein, vorehelicher Geschlechtsverkehr und Empfängnisverhütung schwere Sünden sind und auch nicht, dass gefastet und das Kopftuch getragen werden muss. Denn sie sind fortschrittlich, lehren ihre Interpretation der Religionsschriften, sind der Kirche gegenüber oft kritisch eingestellt und unterscheiden zwischen Religion und Kirche. Zu meinen engsten Freunden zählen zwei Pfarrer und eine altkatholische Religionslehrerin, die eine wichtige Funktion bei der Abhaltung des Weltfrauentages im Stephansdom innehatte. Alles wunderbare Menschen und unverdächtig, im Sinne eines Patriachats indoktrinieren zu wollen! Sie und alle anderen, die sich für das Kindeswohl und eine bessere Welt engagieren, würde ich an Schulen im Rahmen eines Ethikunterrichts nicht missen wollen. Das Problem liegt darin, dass Inhalte und Interpretation heiliger Schriften für Mädchen sehr nachteilig sein können! Sie können die Entwicklung zur gleichberechtigen und selbstbestimmten Frau negativ beeinflussen und verhindern.

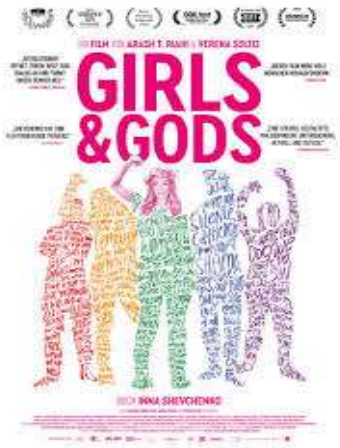
Schule soll ein Raum sein, der minderjährige Mädchen vor Degradierung, Scham, Abgrenzung und Gehorsam gegenüber einem mittelalterlichen, patriarchalen Frauenbild schützen und Mädchen stärken soll!
Zusammenfassend daher:
Religion ist männlich und Privatsache! Religiöse Symbole, egal welcher Glaubensrichtung, sind in einer Bildungseinrichtung fehl am Platz! Kinder haben ein Recht darauf, vor patriarchal geprägten,

ideologischen Indoktrinationen geschützt zu werden; im Sinne einer verbesserten Bildungschance für Mädchen, aber auch für heranreifender jungen Männer! Im Sinne des Kindeswohls!
Eine Petition „Religion ist Privatsache, raus aus der Schule!" wäre eine nichtrassistische Forderung Ja, das Konkordat ist eine Crux! ABER eine Revolution -oder zumindest eine Überlegung wert!

Trixi Halama
Personalvertreterin DA West 2
dzt. im Sabbatical

apfl-cine

Girls & Gods



Können monotheistische Religionen feministisch sein und kann Feminismus religiös sein? Diese Fragen versucht Inna Shevchenko, Autorin und Initiatorin des Projekts in diesem Film zu beantworten.

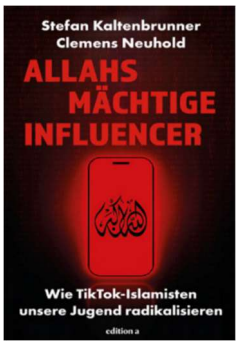
Shevchenko, die als Mitbegründerin von FEMEN bekannt wurde, versucht in Gesprächen mit Priesterinnen, Imaminnen, Rabbinerinnen, Theologinnen und andere Aktivistinnen die Kluft zwischen Frauenrechten und religiösen Traditionen zu verifizieren. Sowohl Blicke in die Vergangenheit als auch in die Gegenwart, zeigen uns Beispiele der Unterdrückung von Frauen im Namen religiöser Systeme. Der Film nähert sich also unterschiedlichsten Positionen und zeigt dabei vor allem eines: unterschiedliche Interpretationen sowohl von Religion als auch von Feminismus, die nicht so einfach in Kategorien passen.
Shevchenko weist konsequent und nachdrücklich auf zahlreiche Widersprüche hin, versucht aber trotzdem nicht ein schwarz-weißes Bild von richtigem und falschem Feminismus oder von guter und schlechter Religion zu entwerfen.

Regie: Arash T. Riahi, Verena Soltiz
Österreich 2025 / 104 min
dzt. in den Kinos

Helmut Breit
apfl-ÖLI-ug-Aktivist

Buch

„Allahs mächtige Influencer“: Ein unbequemer Weckruf



Das Buch der renommierten österreichischen Journalisten Stefan Kaltenbrunner und Clemens Neuhold *„Allahs mächtige Influencer – Wie TikTok-Islamisten unsere Jugend radikalisieren“* legt den Finger auf ein Thema, das auf der einen Seite polemisch aufgebauscht, auf der anderen Seite wiederum oft relativiert und in seiner gesellschaftlichen Sprengkraft wohl von vielen noch unterschätzt wird.
Die beiden Autoren nehmen die Leser:innen mit in die Welt jugendlicher Online-Radikalisierung – mit Fokus auf *TikTok*. Dort werben islamistische Influencer gezielt um die Gunst von Jugendlichen. Die Mechanismen sind perfide und schwer zu durchschauen. Besonders in den Corona-Jahren, in denen viele Jugendliche sozial isoliert oft tage-

oder gar wochenlang am Smartphone hingen, entstand leider ein besonders fruchtbarer Nährboden für extremistische Narrative, dessen Saat im Zuge des Gaza-Krieges dann noch besser aufgehen konnte. Viele von uns mussten wohl in den letzten Jahren beobachten, wie Bekannte in unterschiedliche fragwürdige Echokammern und Blasen hineingezogen wurden. Besonders profitierten davon, so scheint es, die extreme Rechte und der Islamismus.

Deshalb werden auch im Buch mitunter Parallelen zwischen islamistischer und rechtsextremer Ideologie herausgearbeitet: Beide Weltbilder bieten einfache Antworten auf komplexe Probleme, beide nutzen die gleiche digitale Logik der Empörung über tatsächliche oder gefühlte Ungerechtigkeiten, beide richten sich vor allem an jene, die sich sozial und wirtschaftlich abgehängt fühlen.
Die Autoren analysieren dabei, wie Rassismus, soziale Ausgrenzung und Bildungsmangel den Weg in den radikalen Islamismus ebnen können – ohne dabei aber in billige Schuldzuweisungen abzurutschen. Dass liberale und säkulare Muslim:innen auf TikTok bisweilen kaum Aufmerksamkeit finden, weil der Algorithmus radikale Inhalte bevorzugt, ist dabei ein besonders alarmierendes Detail.

Mit ihrem „12-Punkte-Plan gegen Online-Islamismus“ versucht das Autorenduo auch einen konkreten Maßnahmenkatalog zu geben, doch sind einige Punkte von diesen natürlich auch kritisch zu sehen. So werfen manche Forderungen Fragen auf. Schärfere Regeln für Plattformen wie *TikTok*, oder gar deren Verbot, werden seit einiger Zeit diskutiert, allerdings würde sich die konkrete Umsetzung bzw. Durchsetzung solcher Maßnahmen wohl auf verschiedenen Ebenen als schwierig erweisen. Auch die Forderungen nach einer besseren „Durchmischung“ aller städtischen Schulen mittels Quoten als Prävention gegen die Entstehung von sogenannten Brennpunkten und Aufruf zu einer großen Reform des aktuellen Religionsunterrichts hin zu einem überkonfessionellen ReligionENunterricht sind nicht neu, dürften aber aufgrund großer Widerstände verschiedener Interessensgruppen in der Realität nur schwer umsetzbar sein.
Andere Forderungen – wie etwa mehr Mittel für politische Bildung, Stärkung säkular-muslimischer Stimmen oder eine kritische Auseinandersetzung mit Plattformalgorithmen – sind hingegen mehr als überfällig.

Generell verschonen die Verfasser keinen der politischen Akteur:innen im Land: Die Rechte wird für ihren offenen Rassismus kritisiert, Konservative für das Übernehmen ebenjener Rhetorik, (Neo-)Liberale für eine verfehlte Integrationspolitik, die sich auf ein bloßes wirtschaftliches Nützlichkeitsdenken beschränkte und die Linke für das in der Vergangenheit fast reflexhafte Relativieren oder das oft noch immer gegenwärtige Schweigen zum Thema Islamismus, aus Sorge davor, rassistische Narrative zu bedienen und damit selbst den Rechten „Wahlkampfmaterial“ zu liefern. Kaltenbrunner und Neuhold argumentieren hingegen: Eine Brandmauer gegen Rechts muss gleichzeitig auch unüberseh- und hörbar (!) eine Brandmauer gegen den Islamismus bedeuten – denn beide Lager sind zwei Seiten derselben Medaille und eine Gefahr für die freie Gesellschaft.

Manche Kritiker:innen werfen dem Buch vor, das Phänomen der Online-Radikalisierung zu stark zu dramatisieren oder zu vereinfachen. In der Tat: Die direkte Verbindung von TikTok-Konsum zur Radikalisierung wirkt an manchen Stellen etwas verkürzt. Dennoch gelingt es den Autoren eindrücklich, das Gefahrenpotenzial digitaler Räume sichtbar zu machen. Ihr dokumentierter Selbstversuch auf TikTok zeigt, wie schnell man in extremistisches Fahrwasser gezogen werden kann – und wie schwer es mitunter ist, da wieder herauszufinden.
Ein anderer Kritikpunkt ist die Sorge vor der Stigmatisierung muslimischer Jugendlicher durch das Buch. Diese ist ernst zu nehmen – und doch ist festzuhalten, dass Kaltenbrunner und Neuhold sehr wohl differenzieren: Nicht „die Muslim:innen“ sind ein Problem, sondern eine wachsende islamistische Subkultur, die sich in einer kleinen, aber lautstarken und manchmal leider auch gewaltbereiten Minderheit verfestigt – und die dabei von einem Versagen der Gesamtgesellschaft profitiert.

Fazit: *„Allahs mächtige Influencer“* ist ein unbequemes, journalistisch sorgfältig recherchiertes Buch, das wichtige Fragen aufwirft. Es fordert dazu auf, Jugendliche gegen Radikalisierung zu stärken:

Nicht mit Pauschalurteilen, sondern mit Bildung, sozialer Gerechtigkeit, Aufklärung – und einer klaren demokratischen Haltung.

Stellenweise sind gewisse Einseitigkeiten im Buch wohl nicht von der Hand zu weisen und es ist sicher wichtig, sich als Leser:in dieser Tatsache bewusst zu sein. Insgesamt wird man die Problematik größer, in ihrer Gesamtheit, denken müssen. Wird sich nicht nur dem Islamismus, sondern sämtlichen gesamtgesellschaftlichen demokratiefeindlichen Radikalisierungstendenzen stellen müssen, die heute zum großen Teil im Netz stattfinden. Dennoch ist gerade für Pädagog:innen *Allahs mächtige Influencer* als wichtiger Beitrag zur aktuellen Debatte über Extremismusprävention, Medienkompetenz und Integration lesenswert.

Im Oktober 2025 erschien mit *Die Radikalisierten*, kurz vor Redaktionsschluss der *apflspalten*, auch ein Buch aus der Feder des islamischen Religionspädagogen, Islamismusforscher und Deradikalisierungsexperten Moussa Al-Hassan Diaw und somit auch ein wohl gewichtiger Beitrag eines muslimischen Autors mit profunder beruflicher Erfahrung zum Thema. Schon in den Interviews mit ihm, rund um die Veröffentlichung seines neuen Buches, gab er so manchen Einblick in die Nachwuchs-Rekrutierungsstrategien von radikalen Islamist:innen in Österreich – nicht selten mehr oder minder ungestört vor der Nase der Behörden. Ein weiterer Hinweis darauf, dass uns dieses große Problem wohl noch einige Zeit herausfordern wird. Dieser Herausforderung müssen wir uns als Demokrat:innen jedoch unbedingt stellen.

Alexander Krause
Personalvertreter
DA Ost 7

Termine

ÖLI-Cafes und PV-Akademie

ÖLI-Veranstaltungen finden in der Hauptsache **online** statt und richten sich an alle Lehrer:innen. Sie sind auch nur für deine Schule möglich. Hast du Lust uns einzuladen? Der ZOOM-LINK kann an alle Interessierte weitergegeben werden.

Anmeldung und Fragen vorab: oeli-cafe@oeli-ug.at

3.12.2025	18.00 h	**Elternwerden?**
11.12.2025	19.30 h	**ÖLI-Café**
7.01.2026	18.00 h	**Auszeiten, Pension**
16.01.2026	19.30 h	**ÖLI-Café**
24.02.2026	18.00 h	**PV im Bezirk?**
27.02.2026	18.00 h	**Elternwerden?**
5.03.2026	19.30 h	**ÖLI-Café**
18.03.2026	18.00 h	**Steuererklärung?**
9.04.2026	19.30 h	**ÖLI-Café**
27.04.2026	18.00 h	**SGA, Schulforum?**
7.05.2026	19.30 h	**ÖLI-Café**
20.05.2026	18.00 h	**Elternwerden?**
2.06.2026	18.00 h	**Krank? Pflege?**
11.06.2026	19.30 h	**ÖLI-Café**

apfl-ÖLI-ug-Treffen

im Amerlinghaus (Raum 4)
Uhrzeit: 19:00

Mo. 1.12.2025	**Mo. 13.04.2026**
Mo. 12.01.2026	**Mo. 4.05.2026**
Mo. 9.02.2026	**Mo. 1.06.2026**
Mo. 2.03.2026	

meet & greet

16.3.2026
Uhrzeit: 18.00 – 20.00
Kennenlernen von Mandatar:innen aus allen Bezirken im **Amerlinghaus**

Abschlusstreffen

19.6.2026
Uhrzeit: ab 17.00 h

Volleyball

jeden Montag
von 18.30
bis 21.00 h

Zinckgasse 16
1150 Wien

Kontakt:
bernhard.lahner@apflug.at

Schau auch vorbei auf:

https://www.facebook.com/apfl-ug-1496780620571854

apfloeliug.bsky.social

Instagram: apfl-ÖLI-ug

Die Produktion der *apflspalten* wurde durch die UGöD unterstützt.

UGöD Newsletter

Lastverteilung – die soziale Frage – Die Gewerkschaften tragen die Verpflichtung, die Interessen ihrer Klientel wahrzunehmen, darüber hinaus aber auch in Krisenzeiten den Tugenden der Solidarität, des Dialogs, der sachgerechten Abwägung und des fairen Ausgleichs zum Durchbruch zu verhelfen. Mehr: https://www.ugoed.at/lastverteilung-der-gordische-knoten

Furiose Fußnoten – Die letzte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Privatvermögen in Österreich datiert mit 2013. Mehr: https://www.ugoed.at/furiose-fussnoten

Ende des Sommerlochs vor Beginn eines heißen Herbstes

Warum wird nie von Erbschafts-, Vermögens- und Finanztransaktionssteuer gesprochen? Mehr: https://www.ugoed.at/vor-beginn-eines-heissen-herbstes

In der Klimapolitik kann es keine Notlösung geben

In Wahrheit behindert die Haltung Österreichs die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft und deren Innovationskraft. Mehr: https://www.ugoed.at/klimapolitik-keine-notloesung

Newsletter bestellen: Mail an office@ugoed.at

Impressum: Herausgeberin und Medieninhaberin: Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben (UGÖD). Vorsitzende: Dr. Sabine Hammer, Mag. Ingo Hackl. 1040 Wien, Belvedereg.10/1, office@ugoed.at, **ugoed.at**

apfl-ÖLI-ug – Personalvertreter:innen

DA FSO

Katrin Winkelbauer
DA - Vorsitzende
katrin.winkelbauer
@apflug.at
Tel: 0664/3513139

Bernd Kniefacz
2. stv. ZA-Vorsitzender
b.kniefacz@apflug.at
dzt. im Sabbatical

Claudia Astner
ZA-Mitglied
c.astner@apflug.at
dzt. im Sabbatical

Elisabeth Klingler
elisabeth.klingler
@schule.wien.gv.at
Tel.: 0699/19225977

Bernhard Lahner
bernhard.lahner
@schule.wien.gv.at

Jaroslav Skoda
jaroslav.skoda
@schule.wien.gv.at
Tel.: 01/4000560090

Elisabeth Kolb
elisabeth.kolb
@schule.wien.gv.at
DA-Ersatzmitglied
Tel.: 0660/5656800

Regina Latzin
regina.latzin@gmail.com
DA-Ersatzmitglied
Tel.: 0650/2831326

DA ASO

Sylvia Ochmann
Stv. Vorsitzende
sylvia.ochmann@apflug.at
Tel.: 0644/4378844

Simone Jevsnikar
simone.jevsnikar
@schule.wien.gv.at

Tatjana Nowak
tatjana.nowak@apflug.at

Benedikt Eckkhardt
benedikt.eckhardt
@schule.wien.gv.at

DA Ost 1 (2.Bezirk)

Christine Steiner
christine.steiner
@schule.wien.gv.at

Wanda Grünwald
wandaott@yahoo.com

DA Ost 2 (3.Bezirk)

Markus Dier
Stv. Vorsitzender
markus0021.apfl
@gmail.com

Stephan Nausner
stephan.nausner
@gmail.com

DA Ost 3 (10.Bezirk)

Markus Strickner
markus.strickner
@apflug.at
Tel.: 0680/1173485

Philip Mach
philip.mach
@schule.wien.gv.at

DA Ost 4 (11.Bezirk)

Philipp Haas
philipp.haas@apflug.at

Reingard Graf-Wagner
reingardw@yahoo.de

apfl-ÖLI-ug – Personalvertreter:innen

DA Ost 5 (20.Bezirk)

Martina Bollmann
lehrerinmartina@gmx.at

Johannes Ledebur
johannes-graf-von-ledebur-wicheln
@schule.wien.gv.at

DA Ost 6 (21.Bezirk)

Georg Merza
georg.merza
@schule.wien.gv.at

DA Ost 7 (22.Bezirk)

Alexander Krause
krause.alexander@gmx.at
Tel.: 0650/728 36 34

DA West 1 (1.4.5.6.Bez.)

Stephanie Mihelic
mihelic@loquai.at

Peter Suppan
Peter.suppan@gmx.net

DA West 2 (7.8.9.Bez.)

Trixi Halama
Stv. Vorsitzende
beatrix.halama@gmail.com
dzt. im Sabbatical

Astrid Mosser
astrid.mosser
@schule.wien.gv.at
Tel.: 0664/75053970

Dominik Wölfl
dominik.woelfl
@schule.wien.gv.at
Tel.: 0664/9250087
DA-Ersatzmitglied

DA West 3 (12.Bezirk)

Florian Jilek-Bergmaier
f.bergmaier@hotmail.com
Tel: 0664/1754726

Aylin Gunsam-Schennach
aylingunsam@gmail.com
Tel.: 0699/15074731

DA West 4 (13.23.Bez.)

Eva Pratter
eva.pratter
@schule.wien.gv.at

Markus Haunschmid
markushaunschmid
@gmail.com
Tel.: 0681/20922972

DA West 5 (14.15.Bez.)

Eva Neureiter
eva.neureiter@apflug.at
Tel.: 0650/6776446

Sissi Hortensky
sissi.hortensky@gmail.com
Tel.: 0699/17861239

Christoph Wagner
chri.wag01@gmail.com
Tel.: 0664/5107987

DA West 7 (17.18.19.Bez.)

Michaela Bonilla-Vicioso-Steyrer
michaela.bvs@apflug.at

Thomas Steinwender
thomas.steinwender
@schule.wien.gv.at

DA West 6 (16.Bezirk)

Tobias Becker
tobias.becker
@schule.wien.gv.at

apfl-ÖLI-ug
aktive pflichtschullehrer:innen
österreichische lehrer:innen-initiative
unabhängige gewerkschafter:innen
gemeinsam - engagiert - parteiunabhängig

Impressum:
Offenlegung gemäß §23 des Mediengesetzes.
Herausgeber: ÖLI-UG Landesgruppe Wien - apflug
Medieninhaber und für den Inhalt verantwortlich:
Bernd Kniefacz, 1070 Wien, Stiftgasse 8
b.kniefacz@apflug.at
Konto: apfl AT232011184590998300, Erste Bank
Redaktion: Claudia Astner, Helmut Breit, Florian Jilek-Bergmaier, Bernd Kniefacz, Alexander Krause, Elisabeth Klingler, Angelika Pichler
Layout: Helmut Breit,